

Ganz unten im System

Länder, in denen migrantische Arbeiter auf Baustellen prekär beschäftigt werden, solle man boykottieren, heißt es derzeit oft. Diese Reportage aus dem Rhein-Main-Gebiet zeigt, dass man am besten mit Deutschland anfängt



Von **Sascha Lübbe** (Text) und **Eleonore Roedel** (Illustrationen)

Die Männer, die das System am Laufen halten, leben am Rande der Stadt. Abgeschieden, in einem Areal zwischen Bahnleisen und Autobahn, in einem vierstöckigen Betonbau hinter einem Zaun. Wäscheständer hängen vor den Balkonen. Klappstühle stehen vor den Eingängen. Darauf: Männer in Jogginghosen und Flipflops, die meisten um die 30 Jahre alt.

Mehrere Hundert Arbeiter leben in der Unterkunft im Rhein-Main-Gebiet, genauer soll man es nicht schreiben, sagen sie. Aus Angst vor dem Vermieter. „Șerpărie“, nennen sie das Wohnheim, rumänisch für „Slum“. Ein trauriger Ort. Dabei würde das System ohne Männer wie diese kollabieren. Ohne sie ginge nichts auf dem deutschen Bau.

Ein Samstagnachmittag im Oktober. In einem der Zimmer sitzen drei Männer auf ihren Betten. Die Köpfe rasiert, die Schultern breit. Drei kräftige Gestalten in einem viel zu engen Raum. Es riecht nach Essen und Seife. Ein großer Topf Nudeln dampft auf dem Tisch. Einer der Männer hat einen vollen Wäscheständer quer über sein Bett gestellt, sich selbst danebengequetscht. Auf dem Kühlschrank flimmert ein Fernseher, rumänischer Sender, der Ton ist ausgestellt.

„Feierabend“, sagt einer der Männer, fingert eine Bierdose aus einer Plastiktüte und stellt sie auf den Tisch. Er trägt ein blaues T-Shirt und beige Shorts,

seine Füße stecken in Badeschlappen. Er bietet einem, wie alle hier, sofort das Du an. Fabiu soll er heißen. Seinen wirklichen Namen will er nicht nennen, aus Angst vor seinem Chef.

Fabiu ist ein sperriger Typ mit kratziger Stimme und herausforderndem Blick. Er arbeitet als Maurer, lebt seit fast zehn Jahren in Deutschland. „Sklaverei“ ist das erste Wort, das ihm einfällt, spricht man ihn auf seine Arbeit hier an. „Scheiße“ das zweite.

„Du wirst nicht so gut bezahlt wie die Deutschen“, sagt er. „Du hast nicht die gleichen Rechte.“

Fabiu wird betrogen, und das gleich mehrfach. Lohnabrechnungen und Stundenzettel, die er vorlegt, belegen das. Dass er nur einen Teil des Lohnes auf sein Konto überwiesen, den Rest bar bekommt, damit kann er noch leben. Er ist 47, denkt nicht an die Rente, hat kein Problem mit Schwarzarbeit. 2.500 Euro bekommt er hier pro Monat im Schnitt, gut 1.500 mehr als in Rumänien.

Was ihn wirklich wurmt: Dass sein Chef ihm und seinen Kollegen kein Urlaubsgeld zahlt. Dass ihm einige seiner alten Chefs keine Arbeitsverträge gegeben und ihn nicht bei der Krankenkasse angemeldet haben – und er jetzt, weil man gesetzlich zur Versicherung verpflichtet ist, 4.000 Euro Schulden bei der Kasse hat. Dass er die jungen Arbeiter auf den Baustellen einweisen muss, Typen um die 18, frisch aus Rumänien, keine Ahnung von nichts. Alles muss er ihnen erklären, sagt Fabiu,

und bekommt dafür gerade mal 2 Euro pro Stunde mehr als sie.

Und dann die Stimmung auf dem Bau. Es gab diesen Tag, letztes Jahr im Herbst, da sei seine Geduld am Ende gewesen, sagt Fabiu. Die schwere Arbeit, der ewige Druck, das ewige Hetzen. Er ging einfach heim. Sein Chef behauptete daraufhin, er habe ein Baugerät beschädigt, und weigerte sich, den ausstehenden Lohn zu zahlen. 1.700 Euro. Fabiu wartet darauf, immer noch.

„Du hast nicht die gleichen Rechte. Jeder nutzt dich aus, wie er kann“

Fabiu, 47, Maurer aus Rumänien

„Auf dem Bau“, sagt er, „jeder nutzt dich aus, wie er kann.“

Deutsche Politiker:innen verweisen gern auf die prekären Bedingungen, unter denen migrantische Arbeiter auf Baustellen im Ausland beschäftigt sind. Vor allem jetzt, zur Fußball-WM in Katar. Dabei gibt es auch hierzulande gravierende Missstände auf dem Bau. Die Situation ist sicher nicht mit der in Katar vergleichbar, wo die migrantischen Arbeiter vollkommen rechtlos sind, wo ihnen Pässe entzogen werden und wo mehrere Tausend von ihnen ge-

storben sind. Aber auch auf deutschen Baustellen werden Menschen ausgebeutet. Und das seit Jahren.

Das Baugewerbe in Deutschland galt dabei lange als boomende Branche. Die Nachfrage war groß, die Auftragsbücher der Unternehmen waren voll. Inzwischen ist das Gewerbe aufgrund des Ukrainekriegs und der gestiegenen Materialkosten ins Straucheln geraten. Die Bundesregierung hält an ihrem Ziel, 400.000 Wohnungen pro Jahr zu bauen, aber weiterhin fest. Nur: Wer soll die eigentlich bauen?

191.000 offene Stellen verzeichnete die Baubranche im ersten Quartal dieses Jahres. Dabei hatte der Arbeitskräftemangel den Bau schon vor Jahren erreicht. Und wie in der Pflege und der Landwirtschaft setzte man auch hier früh auf Arbeitskräfte aus dem Ausland.

Zuerst kamen die Polen. Sie haben sich inzwischen „hochgearbeitet“, man findet sie kaum noch im besonders anstrengenden Rohbau, viele arbeiten heute im Innenausbau, installieren Elektrik oder Sanitäranlagen. Dann kamen die Rumänen, heute eine der größten Gruppen auf dem Bau, aber auch Bulgaren, Kroaten und Serben. Inzwischen hat sich der Kreis weiter nach Osten ausgedehnt, außerhalb der EU. Es kommen Arbeiter aus der Türkei, Moldawien, Aserbaidschan und Georgien.

Fast 200.000 sozialversicherungspflichtig beschäftigte Ausländer arbeiten heute im deutschen Bauhauptge-

werbe. In einigen Berufszweigen, etwa im Hoch-, Aus- und Trockenbau, machen sie gut die Hälfte der Beschäftigten aus. Hinzu kommen diejenigen, die keine Arbeitsverträge haben, die nicht offiziell registriert sind.

Fabiu ist kein Einzelfall. Im deutschen Baugewerbe ist ein krakenartiges Geflecht aus teils kriminellen Firmen entstanden; eine Schattenwelt, in der die Grenze zwischen Legalität und Illegalität verschwimmt. Die taz hat für diesen Artikel mit Gewerkschaftsvertretern, Sozialarbeitern, Arbeitgebern und mehreren osteuropäischen Arbeitern gesprochen. Sie geben Einblicke in ein System, das über Abhängigkeit und Angst funktioniert; ein System, bei dem die Leidtragenden ganz unten stehen.

Was macht das mit diesen Menschen, die ihre Familien zurücklassen, um hier in Deutschland Geld zu verdienen? Die hier moderne Wohnungen bauen, in denen sie nie leben, funkelnde Shopping Malls, die sie nie betreten werden? Die stattdessen zu dritt in Zimmern mit zwanzig Quadratmetern hausen, sich mit neun anderen Männern eine Toilette und eine Küche teilen?

Fabiu lebt seit sechs Jahren in diesem Heim, in diesem Zimmer im Rhein-Main-Gebiet. Bis hierher war es ein weiter Weg, mit vielen Brüchen.

Er beginnt in einem Dorf im Nordosten Rumäniens, eine der ärmsten Regionen des Landes. Die Wende 1989 be-

Fortsetzung auf Seite 26

138.000

sozialversicherungspflichtig beschäftigte Ausländer:innen arbeiteten 2021 im deutschen Hochbau

Quelle: mediendienst-integration.de

27

Prozent beträgt der Anteil der Schwarzarbeit im deutschen Baugewerbe

Quelle: Erhebung der Universität Linz, 2017

tiv zeitnah bezahlt oder eine entsprechende Bereitschaft signalisiert, heißt es bei der Gewerkschaft IG Bau- und Agrar-Umwelt. Zwei hätten sich lange geweigert, darunter das Unternehmen Brömer & Sohn GmbH, ein Familienunternehmen aus Wiesbaden.

Die taz hat mit einem rumänischen Arbeiter gesprochen, der für den verhafteten Subunternehmer tätig war. Der Mann sagt, der Geschäftsführer von Brömer und dessen Vater seien eine Woche nach den Verhaftungen auf die Baustelle gekommen, hätten sich aber geweigert, die fehlenden Löhne zu zahlen. Ihre Begründung: Sie hätten das Geld bereits an den Subunternehmer gezahlt. Für die IG BAU kein Argument: Es entbinde Brömer nicht von der Generalunternehmerhaftung nach dem Arbeitnehmerentsendegesetz.

Die Gewerkschaft vertritt nach eigenen Angaben zehn Arbeiter, die über die verhafteten Subunternehmer für Brömer tätig waren. Bei drei von ihnen sei Brömer jetzt – vier Monate nach der Verhaftung – bereit, die ausstehenden Löhne zu zahlen, sagt ein Gewerkschaftsvertreter. Darunter ist auch der Arbeiter, mit dem die taz gesprochen hat. Bei den restlichen sieben habe die Firma zugesagt, zu prüfen, ob die Männer wirklich auf der Baustelle tätig waren.

Die Firma Brömer selbst will sich auf Nachfrage nicht zu dem Vorgang äußern, verweist aber auf den Hauptgeschäftsführer des Bauindustrieverbands Hessen-Thüringen, Burkhard Siebert.

Siebert wiederum sagt, viele der von der Gewerkschaft vertretenen rumänischen Arbeiter habe der zuständige Polier von Brömer nie auf der Baustelle gesehen. Der Sachverhalt müsse „sorgfältig aufgeklärt werden“. Die Gewerkschaft widerspricht: Alle Männer seien dort tätig gewesen.

Sieberts Verband, der Bauindustrieverband Hessen-Thüringen, ist ein Zusammenschluss mittelständischer und großer Unternehmen der Bauindustrie, der sich als „Stimme der Branche“ versteht. Auch Siebert sieht ein Problem im System Bau. Für ihn liegt es allerdings in der Auftragsvergabe. Gerade bei öffentlichen Ausschreibungen bekomme

fast immer der Anbieter mit dem billigsten Angebot den Zuschlag, sagt er. Häufig müssten Arbeiten dann an Subunternehmer vergeben werden, sonst sei man „nicht wettbewerbsfähig“. „Wenn die Politik hier etwas ändern will“, sagt Siebert, „muss das Vergabesystem reformiert werden.“ Die Vorgabe „billig, billig, billig“ sei das Problem.

Kostendruck und eine auf Dumping ausgelegte Vergabepaxis sind eine Erklärung, warum sich das System Bau in seiner Form so lange hält. Eine andere sind fehlende Kontrollen. Alle Arbeiter, mit denen die taz für diesen Artikel gesprochen hat, werden schwarz bezahlt. Aber: Kaum einer hat je eine Kontrolle auf einer Baustelle erlebt. Gewerkschaftsvertreter, mit denen man über das Thema spricht, bestätigen die Tendenz. Der Grund: Die zuständige Finanzkontrolle Schwarzarbeit des Zolls kommt mit der Arbeit nicht hinterher. Das liegt an fehlenden Arbeitskräften: Die Zahl der Personalstellen wurde zwar erhöht, derzeit sind es knapp 10.200, tatsächlich besetzt sind allerdings nur 8.500 Stellen. Die Gewerkschaft der Polizei, Bezirksgruppe Zoll, bemängelt aber auch cha-

otische Strukturen innerhalb der Behörde. Die Rede ist von einer wahren „Patchwork-Struktur“, von Einsatzbereichen, die nicht richtig zusammenarbeiten würden.

Es gibt in dieser Geschichte aber auch Institutionen, die für Verbesserungen kämpfen, die den einzelnen

„Deutschland wird als Standort zunehmend unattraktiv“

Anel Crnovrsanin, Europäischer Verein für Wanderarbeiterfragen

Bauarbeitern helfen. Da ist die Gewerkschaft. Da ist das Peco-Institut, ein gewerkschaftsnaher Bildungsverein, der die Kontakte zu den Männern hergestellt hat. Da sind aber auch die verschiedenen Beratungsstellen im Land, oftmals an Gewerkschaften angebunden, die sich für die Rechte osteuropäischer Arbeitskräfte einsetzen.

In einem Büro in der Nähe des Frankfurter Hauptbahnhofs sitzt ein Mann hinter einem gewaltigen Schreibtisch. 33 Jahre alt, schmale Statur, freundliche, zugewandte Art. Anel Crnovrsanin ist Jurist und Berater bei einer dieser Organisationen, dem Europäischen Verein für Wanderarbeiterfragen.

Auch wenn er es lieber anders hätte: In sein Büro kommen die Menschen meist erst, wenn sie schon in der „Scheiße stecken“, wie er es nennt. Wenn sie über Monate keinen Lohn bekommen haben oder der Chef sie auf die Straße gesetzt hat. Die Geschädigten arbeiten auf dem Bau, aber auch in der Gebäudereinigung, Gastronomie, Pflege und Logistik.

Anel Crnovrsanin setzt sich dann mit ihnen hin, formuliert eine Zahlungsaufforderung an den Arbeitgeber, meist ein Subunternehmen. Da viele von denen allerdings die Angelegenheit hätten, Briefe zu ignorieren, greife er inzwischen häufiger zum Telefon, rufe die Firmen an. „Zähne zeigen“ nennt er das.

Viele Firmen hätten im ersten Augenblick Schwierigkeiten, ihn einzu-

ordnen, sagt er. Dann aber würden die meisten verstehen: Sie haben ein Problem. „Wenn sich ein Arbeiter beschwert, fürchten sie, dass sich das bei den Kollegen herumspricht“, sagt Crnovrsanin. Andere hätten Angst, dass sie vor Gericht müssen oder Ärger mit dem Zoll bekommen.

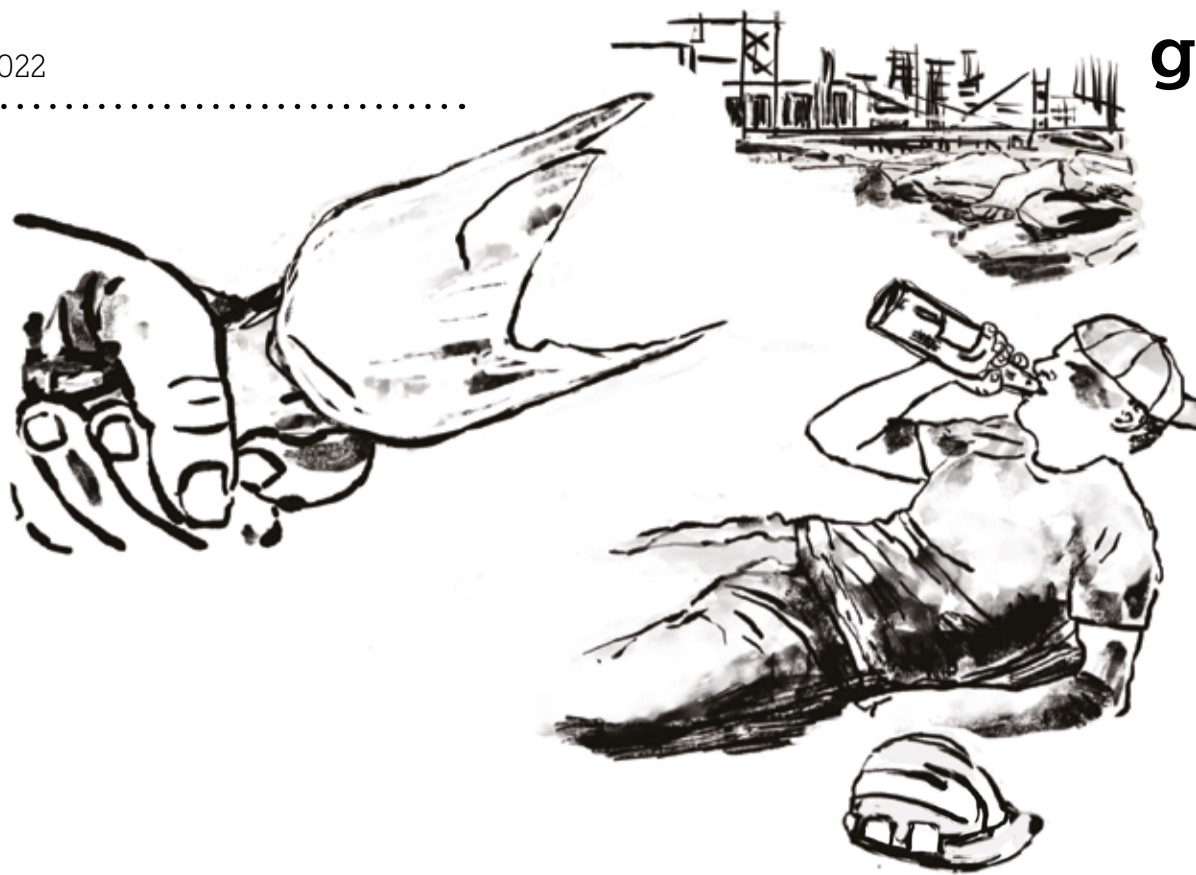
Etwa die Hälfte der Subunternehmen zahle an diesem Punkt, sagt er. Bei der anderen Hälfte schalte er die Generalunternehmen ein. Stellen auch die sich quer, sei sein Spielraum ausgeschöpft. Dann bleibe den Geschädigten nur der Gang vors Gericht.

Die Zustände auf dem Bau und im Mindestlohnbereich sind lange bekannt. Crnovrsanin glaubt, über kurz oder lang würden sie zum Problem: „Deutschland wird als Standort zunehmend unattraktiv“, sagt er. Spricht man mit den Arbeitern, hört man schon jetzt häufiger Geschichten von Menschen, die in ihre Heimat zurückgehen. Weil in vielen osteuropäischen Ländern, darunter Rumänien, die Löhne steigen, vor allem in den großen Städten. Einige erzählen auch von Verwandten, die zu Hause geblieben sind, eine Existenz in der Landwirtschaft aufgebaut haben – und denen es jetzt besser geht als den Arbeitern hier.

Fabiu sagt, er würde gern für ein deutsches Generalunternehmen arbeiten, aber die würden keine Ausländer einstellen. Vergangenes Jahr war er für drei Monate in Rumänien, mit zwei Kollegen hat er zwei Häuser gebaut. 7.000 Euro bekam er dafür, arbeitete allerdings auch 12 Stunden am Tag. Wenn es diese Jobs regelmäßiger gäbe, sagt Fabiu, würde er zurückgehen, „gleich morgen“.

Vor ein paar Jahren hat er ein altes Haus gekauft, bei sich im Dorf, es wird zurzeit restauriert. Ob er die Bauarbeiter richtig bezahlt? Fabiu zögert. „Nicht immer.“ Er hat in Deutschland so viele Maschen gesehen, andere abzuzocken. Wenn er in der Heimat ist, probiert er es auch.

Sascha Lübke, 43, ist Reporter der wochentaz. Am meisten beeindruckt haben ihn die Offenheit der Arbeiter und ihr freundschaftlicher Umgang miteinander.



191.000

offene Stellen verzeichnete die Baubranche im ersten Quartal 2022

Quelle: Redaktionsnetzwerk Deutschland

1,78

Millionen Arbeiter:innen in Deutschland haben einen Migrationshintergrund

Quelle: mediendienst-migration.de



Desiree Fischbach taz-Webmasterin

IST HEUTE DER TAG, AN DEM DU GUT VERNETZT UND UNABHÄNGIG BIST?

Die taz Genossenschaft feiert ihren 30. Geburtstag.
30 Jahre unabhängiger Journalismus!
30 Jahre Meinungsvielfalt!
30 Jahre Solidarität von heute 22.000 Mitgliedern!

Jetzt ab 500 Euro taz Genoss*in werden.
Noch Fragen? (030) 25 90 22 13 oder geno@taz.de
genossenschaft.taz.de



taz Verlagsgenossenschaft eG, Friedrichstraße 21, 10969 Berlin

Foto: Anja Weber